



Ein Signal in Richtung Davos: Die Demonstration gegen das WEF verläuft in Bern dieses Mal ohne grössere Zwischenfälle. Bilder Keystone/Marcel Bieri

Friedlicher WEF-Protest

Bern. – In mehreren Schweizer Städten haben gestern Menschen gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos protestiert. 500 Personen nahmen dabei in Bern an der zweiten Kundgebung innert einer Woche teil. Am bewilligten Umzug kam es zu keinen Ausschreitungen. Die Demonstranten – unter denen sich auch Vermummte befanden – skandierten Parolen gegen das WEF. Die Polizei war

mit einem grossen Aufgebot zur Stelle, hielt sich jedoch in Nebengassen auf und war während des Umzuges durch die untere Berner Altstadt nicht zu sehen.

Ebenfalls friedlich protestierten rund 100 Personen in Davos gegen das WEF. Demonstriert wurde auch im jurassischen Hauptort Delsberg, wo ebenfalls ungefähr 100 Personen an der Kundgebung teilnahmen. (sda)

Baugewerkschaften drohen mit Streiks

Die Gewerkschaften Unia und Syna stehen hinter dem Kompromissvorschlag für einen neuen Landesmantelvertrag im Baugewerbe. Sie fordern, dass die Baumeister auf ihren negativen Entscheid zurückkommen.

Bern/Zürich. – Die beiden Gewerkschaften Unia und Syna haben den unter Vermittlung von Jean-Luc Nordmann zustande gekommenen Kompromissvorschlag für einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) im Baugewerbe gestern einstimmig angenommen, wie sie bekannt gaben. Sowohl die 220 Unia-Delegierten wie auch der Syna-Vorstand und das Syna-Baukomitee sprachen sich gegen Nachverhandlungen aus, wie sie vom Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) gefordert werden.

Die Gewerkschafter warfen den Baumeistern in diesem Zusammenhang Rosinenpickerei vor. Nachverhandlungen seien gemäss der Protokollvereinbarung zum Mediationsergebnis ausgeschlossen. In dieser sei festgehalten, dass der Landesmantelvertrag als Gesamtpaket nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Unia und Syna erwarten nun von den SBV-Delegierten, dass sie auf ihren Entscheid vom Donnerstag zurückkommen und das Mediationsergebnis akzeptieren, damit der neue LMV spätestens am kommenden 1. März in Kraft treten könne.

Zuerst regionale Streiks

Für den Fall, dass der Baumeisterverband die von ihm mitausgehandelte Lösung nicht akzeptiert, beschloss das Unia-Bauarbeiterparlament bereits die Wiederaufnahme von Kampfmassnahmen. Ein entsprechender Ak-



Kampfbereit: Hansueli Scheidegger, Sektorleiter Bau bei der Unia, informiert die Delegierten über den ausgehandelten Landesmantelvertrag. Bild Keystone/Lukas Lehmann

tionsplan würde von den Unia-Delegierten gestern in Bern verabschiedet. Dieser sieht erste punktuelle und regionale Streiks bis Ende März sowie eine erste gesamtschweizerische Streikwelle im April und längerdauernde Streiks ab Mai vor.

Unia-Sprecher Nico Lutz bezeichnete die Stimmung an der Unia-Delegiertenversammlung als sehr kämpferisch. Die Anwesenden hätten klar und eindeutig die Meinung vertreten, dass sie den Wortbruch der Baumeister nicht akzeptieren würden.

Keinen Frieden auf dem Bau

Die Gewerkschaft Syna will für den Fall, dass die Baumeister an ihrem Konfrontationskurs festhalten, an ihrer Branchenkonferenz vom kommenden 23. Februar über das weitere Vorgehen beschliessen. Sie machte aber auch klar, dass es keinen Frieden auf dem Bau ohne LMV gebe.

Baumeister-Präsident Werner Messmer ist derweil nach wie vor zu Gesprächen mit den Gewerkschaften bereit, wie er auf Anfrage sagte. Er erinnerte daran, dass die SBV-Delegierten das in der Mediation ausgehandelte Gesamtpaket am Donnerstag mit 91:14 Stimmen für Nachverhandlungen zurückgewiesen hätten. Ein derartiges Stimmenverhältnis sei eine klare Willensäusserung, die ernst genommen werden müsse – und zwar von beiden Seiten.

Leuthard: «Ein Desaster»

Für Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard ist das Nein der Baumeister zum Kompromiss im Arbeitskonflikt aber «ein Desaster». Man habe sich endlich geeinigt, abgeschlossen und unterschrieben, sagte sie gegenüber der «Basler Zeitung». «In der Sozialpartnerschaft sind wir an einem schwierigen Punkt angelangt.» (ap)

«Banken müssen Vertrauen schaffen»

FORTSETZUNG VON SEITE 21

Wie das?

Ulrich: Die soziale Integration aller wird als gesellschaftspolitische Voraussetzung eines intensiven Leistungswettbewerbs begriffen und nicht einfach dem Arbeitsmarkt zugemutet. Die Sicherung eines Mindesteinkommens kommt vor Mindestlöhnen und anderen Eingriffen in den Arbeitsmarkt. So wird dieser entlastet von sozialen Aufgaben, die er im internationalen Standortwettbewerb immer weniger erfüllen kann. Wenn ein menschenwürdiges Grundeinkommen auch für die Verlierer des Wettbewerbs gewährleistet ist, ist es für den Einzelnen nicht mehr so tragisch, wenn er zeitweise keine oder eine nicht sehr gut bezahlte Arbeit hat.

Ihre Gegner würden jetzt sagen: Durch ein Mindesteinkommen nimmt man den Faulen den Anreiz zu arbeiten. Und die fleissigen Mitglieder der Gesellschaft haben diese Parasiten dann durchzuführen.

Ulrich: Diese Ansicht basiert auf einem extrem skeptischen Menschenbild. Ich würde Folgendes entgegenbringen: Wenn sich die Bürger nicht mehr um jeden Preis am Arbeitsmarkt verkaufen müssen, heisst das noch lange nicht, dass sie deswegen nur noch auf der faulen Haut liegen. Die meisten Menschen wollen aktiv sein. Hingegen würden sie wohl anspruchsvoller in der Wahl ihrer Stelle. Die Arbeitge-

ber stünden unter dem Druck, attraktive Jobangebote zu schaffen. Und bei den wenig attraktiven Tätigkeiten, die aus volkswirtschaftlichen Gründen weiterhin vollbracht werden müssten, käme es zu einem Lohndruck nach oben. Wenn zudem nicht mehr jeder um jeden Preis eine Vollzeitstelle sucht, wird so der zunehmend überforderte Arbeitsmarkt entlastet.

«Kapital sollte steuerlich erfasst werden.»

Vorläufig stehen im Wirtschaftsbereich andere Neuerungen an, zuallererst die Unternehmenssteuerreform II. Wie beurteilen Sie diese?

Ulrich: Sie geht, wie leider fast alle aktuellen Steuerreformen in der Schweiz, zu 180 Grad in die falsche Richtung. Wir bräuchten eigentlich eine breitere Erfassung des Einkommenssubstrats. Das heisst, das Kapitaleinkommen, das ein immer grösseres Stück des Kuchens ausmacht, müsste ebenso erfasst werden wie das Lohneinkommen.

Das Volk hat die Kapitalgewinnsteuer abgelehnt.

Ulrich: Ich weiss. Aber es wäre nur logisch, dass man unser heute gespalte-

nes Steuersystem vereinheitlicht. Die Unternehmenssteuerreform II bewirkt exakt das Gegenteil. Sie vertieft die ohnehin schon vorhandene strukturelle Privilegierung des Kapitaleinkommens. Abgesehen davon ist die Bestimmung, dass nur Aktionäre mit zehn Prozent Mindestbeteiligung von der vorgesehenen Dividendenentlastung profitieren sollen, reine Willkür. Sie hat mit dem elementaren finanzwissenschaftlichen Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nichts mehr zu tun.

Die Wirtschaftsvertreter beklagen eine andere Ungerechtigkeit: die «Doppelbelastung» der Unternehmer, also die volle Besteuerung zuerst des Firmengewinns und anschliessend der ausgeschütteten Dividende als Einkommen. Dem will man mit der Dividendenentlastung Abhilfe schaffen.

Ulrich: So zu argumentieren, das ist pures Mittelalter. Im Mittelalter gab es noch keinen Unterschied zwischen privatem und körperschaftlichem Vermögen. Mittelalterliche Fürsten konnten über die Schatzkammer ihres Landes verfügen, als wäre es ihr persönliches Eigen. Ein mittelständischer Unternehmer sollte zwischen dem Investivvermögen seiner Firma und seinem Privatbesitz systematisch unterscheiden.

Es fällt auf, dass die prominentesten Kritiker der Unternehmenssteuerreform, die Professoren Robert Waldburger und Christian Keuschnigg, wie Sie an der Universität St. Gallen lehren. Ist das Zufall?

Ulrich: Ja. Ich liege bei dieser Vorlage in der Tat auf derselben Linie wie meine Kollegen Waldburger und Keuschnigg. Doch gab es auch Themen,

bei denen wir unterschiedlicher Ansicht waren, etwa bei der meines Erachtens unhaltbaren Funktion des Schweizer Bankgeheimnisses als Steuerhinterziehungsgeheimnis. Bei der Unternehmenssteuerreform II aber sollte der Fall für jeden unparteiisch denken Menschen klar sein.

«Es ist pures Mittelalter, so zu argumentieren.»

Gehören Sie auch zu den Kritikern des World Economic Forum (WEF), das derzeit in Davos stattfindet?

Ulrich: Nein. Man darf das WEF nicht überschätzen. Anders als radikale Kritiker glauben, ist das WEF kein Entscheidungsgremium, sondern eine Kontaktbörse. WEF-Präsident Klaus Schwab hat übrigens schon 1973 mit dem damaligen «Davoser Manifest» versucht, das Treffen in Davos nicht als reines Business-Meeting zu gestalten, sondern Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung privater Unternehmen aufs Tapet zu bringen. Es ist daher etwas abstrus, ausgerechnet das WEF als jenen Anlass zu verteufeln, an dem jegliche Verantwortungsaspekte zynisch übergangen würden.

Der Wirtschaftschef der «Neuen Zürcher Zeitung» hat Genugtuung darüber geäussert, dass nun angesichts der Börsenturbulenzen am WEF endlich wieder über Handfestes statt über die Rettung der Welt diskutiert werde.

Ulrich: Dieser Kommentar ist ein Musterbeispiel für die hoffnungslos veraltete neoliberale Doktrin:

«Macht keine Geschichten, der Markt wirds schon richten.»

Die Neoliberalen nehmen für sich in Anspruch, Vorkämpfer der «Freiheit» zu sein. Welche Bedeutung hat dieser Begriff für Sie?

Ulrich: Um modern und unideologisch über Liberalismus zu denken und zu sprechen, müsste man zuerst klären, wessen Freiheit man meint. Meinen wir nur die Freiheit der Starke im Wettbewerb? Oder meinen wir die allgemeine, grösstmögliche Freiheit für sämtliche Bürgerinnen und Bürger? In letzterem Fall reicht es nicht, einfach für Deregulierung und Privatisierung zu sein. Wir müssten versuchen, die realen Lebenschancen der Bürger zu verbessern.

Wie Sie sich eine solche Mehrung der Chancengleichheit vorstellen könnten, haben Sie vorhin skizziert. Wann, glauben Sie, sind wir so weit?

Ulrich: Der Ethiker ist kein Prognostiker. Ich will es mal so sagen: Langfristig erweist sich die Realität meist als stärker denn jede Ideologie. Unsere Urenkel im 22. Jahrhundert werden jedenfalls über vieles aus unserer Zeit staunen ...

Bis dann dauert es noch recht lange.

Ulrich: Ich glaube, wesentliche zivilisatorische Fortschritte brauchen Zeit. Wir stehen heute an einem Wendepunkt wie damals, als die Agrargesellschaften zu Industriegesellschaften wurden. Mit Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlagen entstehen neue Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Diese muss man aber erst mal wahrnehmen und für die weitere Entfaltung einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger nutzen wollen.